Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 80. Donnerstag, 17. Februar 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%, Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Dietzsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1063 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Lloyd Georges Antwort.

Die Stuttgarter Rede vor dem englischen Parlament.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 16. Febr. In der Diskussion über die Festsetzung des Wortlautes der Adresse, die als Antwort auf die Thronrede an den König gerichtet wird, ergriff Asquith als erster der Diskussion das Wort. Er erklärte, das Programm der Regierung zeichne sich mehr durch seinen Umfang als durch seinen Inhalt aus. Das Unterhaus habe eine Erklärung darüber erwartet, welche Haltung die Regierung im Laufe der nächsten interalliierten Konferenz bezüglich der von der Pariser Konferenz aufgestellten Probleme annehmen werde. Der Redner erstreckte seine Kritik auch auf die Flottenfrage. Der zweite Redner, der Generalsekretär Thomas, machte die irische Frage zum Ausgangspunkt seiner Rede und verlangte weiter Aufklärung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Dann sprach Lloyd George. Er nahm sofort Stellung zur Frage der Pariser Konferenz. Gleichzeitig antwortete er auf die Stuttgarter Rede Dr. Simons', allerdings nur in einem einzigen Satze. Er erklärte: Er halte es nicht für wertvoll, daß man die Beschlüsse der Pariser Konferenz am Vorabend der Londoner Konferenz diskutiere, um so mehr, als England die Vorschläge, die von seiten Deutschlands gemacht würden, noch gar nicht kenne. Es ist möglich, daß im Interesse der Alliierten und Deutschlands eine Pauschalsumme festgesetzt wird bezüglich der Entschädigung und Wiedergutmachung. Allein, ich kann nicht zugeben — und das ist sehr wichtig, — daß der kürzlich auf der Pariser Konferenz vorgesehene Zahlungsmodus, der eine Milderung des Friedensvertrages bildet, abgeändert wird.

Keine Interviews der Reichsminister.

Stuttgart, 15. Febr. Reichsminister Dr. Simons erklärte auf die Frage eines neutralen Journalisten, der sich wegen eines Interviews an ihn wandte, daß ein Kabinettsbeschluß der deutschen Regierung vorläge, wonach künftig keine Interviews mehr gegeben werden sollen. (DA.)

Der Beschluß des Reichskabinetts ist recht bedauerlich, denn er nimmt unserer Außenpolitik eine Waffe aus der Hand, die gerade unsere Feinde und besonders Lloyd George schwingen. England hat heute noch seine regelmäßigen Pressebesprechungen mit den amerikanischen Journalisten, und die Ententestaatsmänner verzichten nicht darauf, hier und da mal eine Anregung oder einen Gedanken in die eigene oder neutrale Presse zu lancieren, die ihnen nachher die Arbeit wesentlich erleichtern. Es kann oft erwünscht sein, überflüssige Interviews zu vermeiden, aber sie ganz und gar zu untersagen, heißt das Kind mit dem Bade ausschütten. Daß wir in bezug auf Propaganda noch so gut wie alles zu lernen haben, hat der Krieg gezeigt, darum ist es keinesfalls richtig, eins der wichtigsten Propagandamittel von vornherein auszuschalten.

Die deutschen Gegenvorschläge,

die im Schoße des Sachverständigen-Ausschusses beraten werden, dürften bis Anfang nächster Woche fertiggestellt sein. Es ist beabsichtigt, in der nächsten Woche die Gegenvorschläge zum Gegenstande einer Besprechung zwischen Regierung und Reichstagsfraktionen und Vertretern des Reichswirtschaftsrates zu machen. Das Reichskabinett wird sich Ende der nächsten Woche endgültig über die definitive Form der Gegenvorschläge schlüssig machen. Ob die Gegenvorschläge in Form einer Note den Ententeregierungen noch vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz zugehen oder erst in London von der deutschen Delegation bekannt gemacht werden, steht noch dahin. Auch über die Zusammensetzung der Delegation sind noch keine Beschlüsse gefaßt, jedenfalls werden aber Sachverständige nach London mitgehen, um dem Minister Dr. Simons jederzeit zur Verfügung zu stehen.

Bergmanns Besprechungen in Paris.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 16. Febr. Staatssekretär Bergmann hat in Paris die Besprechungen mit den französischen Sachverständigen wieder aufgenommen. Der Staatssekretär hat aber entgegen anders lautenden Meldungen keine neue deutsche Note nach Paris gebracht.

Der Vorstoß der bayrischen Sozialdemokraten.

München, 16. Febr. Der Aeltestenrat des Landtags beschloß, am Donnerstag die Interpellation der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen über die politische und wirtschaftliche Haltung Bayerns zum Pariser Diktat auf die Tagesordnung zu setzen. Man hofft, daß Ministerpräsident v. Kahr, der noch an der Grippe erkrankt ist, bis dahin hergestellt sein wird.

Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes.

Berlin, 15. Febr. Das Entwaffnungsgesetz, das im Hinblick auf die Pariser Beschlüsse erneut akut geworden ist, ist bis zum 30. Juni 1921 in seiner Wirksamkeit verlängert worden.

Die Arbeiten des Reichstages.

Der Reichstag, der am 23. d. M. wieder zusammentritt, wird bis zum 18. März Sitzungen abhalten. In erster Linie soll die Etatsberatung fertiggestellt werden, ferner sollen Wehrgesetz, die Novelle zum Entwaffnungsgesetz verabschiedet und einige wichtigere Interpellationen, darunter die oberschlesische, besprochen werden. Geplant ist ferner die Reform der Geschäftsordnung noch vor Ostern zu regeln. Die Londoner Konferenz werde ebenfalls die Arbeiten des Reichstages noch beeinflussen, wenn auch zunächst mehr hinter den Kulissen. Der Ausfall der Preußenwahlen wird auch die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis im Reiche wieder aufleben lassen. Die Sozialdemokraten wollen, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sich an einer Regierungsbildung im Reiche nicht beteiligen, wenn die preußischen Wahlen zu ihren Ungunsten ausfallen.

Aufhebung einer weiteren Kriegsverordnung.

Berlin, 16. Febr. Der Reichsernährungsminister hat die Aufhebung der seit fünf Jahren bestehenden Verordnung beschlossen, durch die die Herstellung von Dauerwurst, die Anfertigung von Dosenwurst und die Herstellung von Fleischkonserven verboten wird.

Ein deutsch-französisches Abkommen.

Berlin, 15. Febr. Im Auswärtigen Amte hat gestern der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen vom 8. März 1920 stattgefunden.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilt.

München, 15. Febr. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert wurde der Kaufmann Heinrich Heinlein in München vom Landgericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Heinlein hatte im Meldeamte in erregten Gesprächen mit anderen Personen sich in beleidigender Weise über den Reichspräsidenten geäußert und ihm Trunkenheit, Völlerei usw. vorgeworfen. (WTB.)

Der neue Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 16. Febr. Der frühere württembergische Arbeitsminister und sozialdemokratische Abgeordnete Lelpart hat die Stellung eines Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angetreten und sein württembergisches Landtagsabgeordnetenmandat niedergelegt.

Frankreichs auswärtige Politik.

Paris, 15. Febr. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, der heute unter dem Vorsitz von Lenques tagte, beauftragte sechs Abgeordnete mit der Abfassung von Berichten über etliche neue Vorlagen und Entwürfe. Es kommen vor allem in Frage eine Vorlage über den zwischenstaatlichen Schutz der Kriegsopfer, die Aufsicht über die Saarkohlengruben, Weltpostunion, französisch-italienisches Abkommen über die afrikanischen Besitzungen, Zusatz zu den Bestimmungen über die Luftschiffahrtskonvention, Vertrag von Trianon und Verträge über den Schutz der Minderheiten. Besondere Unterausschüsse werden morgen die Abänderung des Vertrages von Sevres und der Pariser Vereinbarungen prüfen.

Das Deutschtum des Saargebietes.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 16. Febr. Nach Meldungen aus Saarbrücken haben am letzten Sonntag im ganzen Saargebiet Massenkundgebungen der Bevölkerung für den deutschen Charakter des Saargebietes stattgefunden. In den Kundgebungen, die besonders ausdrucksvoll in Saarbrücken selbst waren und die dauernde Zugehörigkeit des Saarstaates zur deutschen Kultur betonten, einigten sich die Angehörigen aller Parteien von den Unabhängigen bis zu der Rechten.

Neue farbige Truppen für das besetzte Gebiet.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 16. Febr. In Marseille sind die ersten Transporte neuer Kolonialtruppen aus Algier eingetroffen. Sie werden vorläufig bis zum 30. März in den südfranzösischen Garnisonen verbleiben und dann nach dem besetzten Gebiet transportiert werden.

Die Kohlenlieferungen für den Verband.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Berlin, 16. Febr. Die Kohlenlieferungen für die Entente sind bis 15. Februar wieder um 122 000 Tonnen hinter der vertragsmäßigen Tonnenzahl zurückgeblieben.

Die Kämpfe in Irland.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 16. Febr. In der Grafschaft Cork wurde ein Eisenbahnzug von etwa 100 Sinnfeinern überfallen. Es entwickelte sich ein Gefecht zwischen Sinnfeinern und 40 Soldaten. Es gab acht Tote und vierzehn Verwundete.

Ein Volkskommentar des Friedensdiktats.

Freiherr v. Lersner, der ehemalige deutsche Delegierte in Paris, hatte vor einiger Zeit in einer Reichstagsrede die Herausgabe eines Volkskommentars für den Versailler Vertrag angeregt in der Ueberzeugung, so ein wirksames Propagandamittel gegen die Schmachbedingungen zu schaffen. In ungemein dankenswerter Weise hat er die Arbeit („Versailles, ein Volkskommentar des Friedensdiktats", Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35) nun selbst durchgeführt in der Art, daß er, ohne Parteiunterschiede zu berücksichtigen, an alle Sachverständigen sich mit der Bitte um Erläuterungen der einzelnen Bedingungen gewandt hat. Gewiß leidet bei einem solchen Verfahren die äußere Einheitlichkeit des Werkes, nicht aber die innere Einigkeit in der Ablehnung des furchtbaren Diktats. Aus der großen Anzahl von Mitarbeitern seien genannt: Dr. Bell, M. d. R.; Graf Brockdorff-Rantzau; Reichskanzler Fehrenbach; Vizekanzler Dr. Heinze; Dr. Helfferich; Dr. Hoetzsch; Haas, M. d. R.; v. Kahr, bayrischer Ministerpräsident; Legien; Noske; Admiral Scheer; Dr. Simons; Dr. Stresemann; Graf Westarp. — In seinem Schlußwort, das die Ausführungen aller Mitarbeiter zusammenfaßt, sagt Frhr. v. Lersner: „Unsere Gegner haben in Paris beschlossen, von uns neben der widerrechtlichen Zollkontrolle neben der widerrechtlichen Auferlegung einer Ausfuhrtaxe in Milliardenhöhe die Zahlung von 226 Milliarden Goldmark zu erpressen. 42 Jahre hindurch soll das deutsche Volk Frondienst leisten! Auf solche Ungeheuerlichkeit, die nicht nur uns, sondern auch die noch ungeborene deutsche Generation zu Sklaven machen würde, gibt es nur eine Antwort: Ein klares, kaltes Nein! Die erwürgenden Forderungen begründen die Verbandsmächte mit den Bestimmungen des Versailler Friedens. — Wenn je etwas, so sind es diese Pariser Beschlüsse, die die Wahrheit des Urteils von Kennes über das Friedensdiktat beweisen:

„Die Politik, Deutschland für eine Generation in Knechtschaft zu führen, einer ganzen Nation ihr Glück zu rauben, das Leben von Millionen menschlicher Wesen zu vernichten, sollte verabscheuungswürdig und abscheulich sein, selbst, wenn diese Politik möglich wäre, selbst, wenn sie uns bereichern würde, selbst, wenn sie nicht den Verfall des gesamten zivilisierten Lebens von Europa nach sich ziehen würde."

Die Friedensbedingungen von Versailles sind unausführbar, sind unmöglich. Das erkennen auch unter unseren Gegnern alle vernünftigen Menschen an. Diese Elemente müssen wir stärken, indem wir immer wieder die Unausführbarkeit, die Unmöglichkeit dieses furchtbaren Friedensdiktats betonen und beweisen. Die Revision des Friedensvertrages ist auch unser von den Verbandsmächten garantiertes Recht. Clemenceau schreibt in seiner Note vom 16. Juni 1919:

„Der Friedensvertrag schafft gleichzeitig den Apparat für die friedliche Erledigung aller völkerrechtlichen Fragen durch Aussprache und Uebereinstimmung, wodurch die im Jahre 1919 geschaffene Regelung selber von Zeit zu Zeit abgeändert und neuen Verhältnissen angepaßt werden kann."

Auf Grund dieser Note und weil wir leben wollen, fordern wir die Revision des Friedens als unser heiliges Recht! Gott gebe, daß unsere Gegner die Stimme des gesamten deutschen Volkes beachten werden, denn die Forderung, die uns alle eint, die alle Parteien, alle Deutschen unermüdlich und in Einigkeit immer und immer wiederholen werden, bis die Welt uns hört, ist: Völlige Revision des Friedensdiktats von Versailles."

Die englische Thronrede.

(Nur einen Teil der Leser wiederholt.)

London, 15. Febr. Das Parlament wurde durch den König mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt: Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten haben ihren freundschaftlichen Charakter bewahrt. Binnen kurzem werden in London Konferenzen abgehalten werden. Unsere Alliierten aus dem letzten Kriege, sowie die Vertreter Deutschlands und der Türkei werden daran teilnehmen. Ich hoffe zuversichtlich, daß dadurch

Fortschritte in der Ausführung des Friedensvertrages

in der Herstellung der Eintracht und in der Wiederherstellung der Rechte im nahen Osten erreicht werden. Ich hege die Hoffnung, daß die Verhandlungen, die auf ein Handelsabkommen mit Rußland gerichtet sind, ebenfalls eine befriedigende Lösung finden werden. Der Herzog von Connaught hat die neuen Ratsversammlungen in Indien eröffnet, in der Hoffnung, daß die neue politische Verantwortlichkeit, die meine Untertanen in Indien auf sich genommen haben, in naher Zukunft eine Beilegung jedes politischen Konfliktes sichern werden. Die Politik meiner Regierung hinsichtlich Aegyptens, soweit sie sich aus den Untersuchungen des im Jahre 1919 eingesetzten Sonderausschusses ergibt, wird Ihnen unterbreitet werden. Ich bin glücklich, daß Vorbereitungen getroffen worden sind zwischen meinen Ministern in London und ihren Kollegen in Ueberseo, ihren persönlichen Gedankenaustausch zu verwirklichen, der während der letzten zwei Kriegsjahre und während der Friedensberatungen so gute Ergebnisse gezeitigt hat. Es wird, wie ich hoffe, möglich sein, daß die Premierminister von Kanada, Australien, Neuseeland, der Südafrikanischen Union und Neufundland, sowie die in Indien nach Großbritannien kommen werden. Ich vertraue darauf, daß die Erörterungen, die bei ihren Besuchen stattfinden sollen, in weitestem Maße dazu beitragen werden, die auswärtige und die innere Politik des Reiches zu vereinheitlichen.

Meine Herren vom Unterhause! Der Budgetvoranschlag für das nächste Finanzjahr wird Ihnen zu-